

Hamburger Echo

Preis 10 A

Hamburg-Altonaer Volksblatt

Gegründet 1875

Nummer 116

Montag, 27. April 1931

57. Jahrgang

Briands Plan gegen die Zollunion Agrarbank und Industrievertändigung

W.E.B. Paris, 26. April. Petit Parisien entwickelt die Grundlinien des französischen Aktionsplanes zur deutsch-österreichischen Zollunioninitiative. Es sei notwendig, so schreibt das Blatt, daß am 15. und 18. Mai in Genf ein klarer und fest fundierter Gegenplan vorliege, der den Interessen jeder Macht Rechnung trage und dem auch Deutschland und Österreich sich anschließen könnten. Dieser Plan müsse folgende vier Probleme regeln:

1. Die durch den Getreideüberschuß in Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, der Tschechoslowakei und Estland hervorgerufene Agrarkrise;
2. Die Finanzkrise, die sich daraus ergebe und zu deren Lösung ein besonderer internationaler Kreditfonds die Grundlage für eine internationale landwirtschaftliche Kreditbank gelegt habe;
3. Die besondere Lage Österreichs, das durch die Friedensverträge gleichsam in die Unmöglichkeit versetzt wurde, aus eigenen Mitteln zu leben; zu Österreichs Gunsten müsse man sich endlich entschließen, die Zollschranken zu senken;
4. Regelung der industriellen Produktion durch eine besondere europäische Vertändigung.

Die Lösung jedes dieser Probleme erfordere nicht nur die vertrauensvolle Beteiligung sämtlicher europäischer Nationen, namentlich der vier Großmächte

Deutschland, Frankreich, England und Italien,

ohne deren gleichzeitige Mitwirkung nichts Solides vollbracht werden könne, sondern sie setze außerdem voraus: Einmal die Schaffung eines doppelten Kontingenterstellungssystems für die landwirtschaftlichen Überschüsse und Vorzugstarife, auf Grund deren den Bauern ein vernünftiger Gewinn gewährleistet werden solle, zum andern, was die industriellen Nationen anlangt, die Annahme einer Reihe von Maßnahmen, die geeignet seien, die Regelung und den Absatz ihrer Erzeugnisse zu gewährleisten. Den außereuropäischen Getreideexportanten müsse man begreiflich machen, daß die Liquidierung des Getreideüberschusses in Mittel- und Osteuropa zu einer Stärkung der Kaufkraft dieser Agrarstaaten führen würde, von der auch die überflüssigen Länder profitieren könnten, um ihre Fabrikate zu größeren Mengen absetzen. Zu diesem Zweck dachte man auch an eine Abweisung vom System der Meißbegünstigungsklausel, um den als Käufer für Getreide nicht in Frage kommenden Industrieländern völlig freie Konkurrenzmöglichkeit in den Agrarstaaten Mittel- und Osteuropas zu geben.

Frankreich heischt Vertrauen

Was Petit Parisien veröffentlicht hat, bringt noch keine volle Klarheit, aber die Umrisse des Briands Planes zeigen sich doch etwas deutlicher. In Genf wird der Lage vor der Tagung des Völkerbundesrats, also Mitte Mai, die Studienkommission der Europäischen Union zusammentreten; deren Agrarkreditbank hat bereits eine Vorlage ausgearbeitet, die zunächst an das Finanzkomitee des Völkerbundes geht. Der Ausschuss ging davon aus, daß in Ost- und Zentraluropa Gebiete mit mehr als 100 Millionen Einwohnern schwer unter den Wucherzinsen der landwirtschaftlichen Kredite leiden, bis zu 50 % Zinsen müssen bezahlt werden. Es soll eine Bank errichtet werden, für die die Hilfe der Regierung der größeren Länder ein genügend großer Kapitalstock aufgebracht werden soll, damit eine beträchtliche Verbilligung der Agrarkredite möglich werde. Aber den Sieg der Bank wurde auch in der Kommission keine völlige Einigung erzielt, Paris oder Genf sind in Aussicht genommen. Das Bankinstitut soll

unter der Kontrolle des Völkerbundes

stehen; das Land, wo die Bank ihren Sitz hat, soll weitgehende Steuerbegünstigungen gewähren. Vermutlich werden französische Kapitalien den Hauptbestand der Mittel des Instituts stellen. Industrieländern sollen den Agrarländern für ihre Kredite Vorzugszinsen gewährt werden. Einen etwaigen Einfluß überflüssiger Getreideexportanten hofft man mit dem Einwand be-

schwichtigen zu können, daß die Begünstigung europäischer Agrarländer diese für Industrieerzeugnisse aufnahmefähiger machen werde, direkt oder indirekt werde auch Lebensmittel davon Nutzen haben.

In diesen Plan knüpft Briand an. Allerdings steht ganz im Dunkel, wie er sich das Zollsystem der Industrieländer denkt, und ob ein Apparat für den Austausch von Industrieerzeugnissen gegen Agrarprodukte aufgebaut werden soll.

Der französische Finanzminister Flandin hat sich Sonntagabend bereits zu Briands Plan geäußert. Er sagt, der französische Ministerpräsident La Palaise habe einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der die Landwirtschaft, die Industrie, den Handel und das Finanzwesen gegenseitig abstimme, er bedürfe nur eines politischen Rahmens, um Erfolg zu haben.

Soweit es „unter Wahrung des Rahmens der Sicherheit Europas, die den Frieden garantiert“, möglich sei, werde Frankreich seine finanziellen Hilfsquellen der europäischen Organisation zur Verfügung stellen.

Flandin merkt davor, daß man etwa Frankreich misstrauen: es sei gar nicht wahr, daß Frankreich seine Finanzpolitik in den Dienst seiner allgemeinen Politik stelle. Vertrauen sei

die notwendige Grundlage für die Anlegung französischen Kapitals.

In Frankreich sollte man sich erinnern, daß auch Frankreich selbst Vertrauen zu Mitteleuropa gewinnen muß; sein Sicherheitsgefühl kann die besten Pläne verderben.

Blutiger Wahlkampf in Oldenburg

Bewaffnete Nazis provozieren

SPD. Wilhelmshaven, 27. April.

Am Sonntag kam es in Oldenburg anlässlich nationalsozialistischer Wahl Demonstrationen wiederholt zu blutigen Schlägereien zwischen Nationalsozialisten und andersdenkenden Elementen. Insgesamt waren etwa 20 Schwere- und Leichtverletzte, fast ausschließlich Mitglieder der proletarischen Jugendverbände, zu verzeichnen. Eigentümlich war, daß die Oldenburger Schutzpolizei statt gegen die bewaffneten Nazis vorzugehen, gegen die durch die Nazis provozierten Republikaner Front machte.

Menschenjagd des Faschismus

Affäre Moulin

SPD. Brüssel, 27. April. Die Angelegenheit des in Italien verhafteten belgischen Gymnasialprofessors Moulin hält immer noch die Gemüter in Aufregung. In einer gewaltigen Demonstration von Anhängern aller politischen Parteien Belgiens, in der für die Sozialistische Partei Vanden Kerckhove sprach, wurde am Sonntag das Vergehen der Regierung in Rom aufs schärfste gebrandmarkt und gefordert, daß Moulin nicht vor einem faschistischen Spezialgericht, sondern nach den Grundgesetzen einer zivilisierten Justiz abgeurteilt werde.

Inzwischen hat sich die faschistische Regierung endlich öffentlich zu der Angelegenheit geäußert. Der italienische Unterrichtsminister hat der italienischen Kammer eine Erklärung abgegeben, wonach

Moulin einen geheimen Briefwechsel zwischen den italienischen Emigranten und in Italien wohnenden Personen vermittelt

habe. Im Besitz Moulins, sagte er, sei unter anderem ein Brief des in Brüssel wohnenden italienischen Fliegerei Vassanelli, der vor einigen Monaten antisozialistische Flugblätter über Mailand abgeworfen habe, an einen Italiener namens Faravelli gefunden worden, worin dieser aufgefordert wird, genaue Angaben über die Lage von bestimmten Kavernen, anderen öffentlichen Gebäuden und der Wohnung Mussolinis zu machen. Daraus will die faschistische Regierung den Schluß ziehen, daß Moulin die

Vorbereitung von Attentaten vermittelt habe.

Zusßerdem liege ihr viel daran, Vassanelli, auf dessen Kopf übrigens eine Prämie ausgeschrieben sei, vor der belgischen Regierung zu kompromittieren und dadurch seine Ausweisung zu erwirken.

Der Papst von heute veröffentlicht indessen eine Zuschrift Vassanellis, in der dieser die Angaben der italienischen Regierung als erlogen bezeichnet und die

italienische Regierung auffordert, eine Photographie seines angeblichen Briefes an Faravelli zu veröffentlichen.

In Brüssel, wo man mit den Nachrichten und Fälschungsmethoden der faschistischen Propaganda schon mangelnd erfahren hat — man erinnere sich nur an die Spiegelaffäre Manacoba und Geribaldi —, ist man keineswegs geneigt, den Angaben des italienischen Unterrichtsministers ohne weiteres Glauben zu schenken. Die Angelegenheit kommt übrigens am Dienstag in der belgischen Kammer in Form einer Interpellation zur Sprache.

Polen hilft bei Menschenjagd

Am 22. April berichteten wir über die Beurteilung des Kellers Verardo zu 16 Jahren Zuchthaus. Der heißt wirklich Eliberto Verardo; sein Fall kennzeichnet das faschistische System. Eliberto Verardo war als Antifaschist bekannt und hat als solcher ohne daß ihm Ausland flüchten mußten, wo er dann in Bonn (Alger) einen Brief veröffentlichte, der aus von französischen Blättern abgedruckt wurde. Verardo legte sich dann von Alger nach Danzig, in der Absicht, von dort nach Ausland zu gehen, wurde aber an der Grenze

von der polnischen Polizei verhaftet und von der polnischen Regierung — ein politischer Verbrecher! — ausgeliefert.

Die Auslieferung erfolgte, indem man ihn dem italienischen Konsul überstellte, der ihn als Gefangenen nach Venedig befördern ließ, auf Grund jener schwarzen Listen, die die italienischen Konsulate anweisen, sich der in ihnen aufgeführten Personen zu bemächtigen, wo sich die Gelegenheit bietet.

Diese Menschenjägererei in den italienischen Konsulaten scheint in letzter Zeit recht stark konzentriert zu sein, so daß man räumt, sich nicht einzeln und ohne Zeugen in diese territorialen Menschenfallen zu begeben. Überdies hatte der Staatsanwalt für Verardo das Höchstmaß gefordert, nämlich 15 Jahre, der Verteidiger hatte seinen Klienten, der Mitte des hohen Gerichts, empfohlen, und dabei ist eben noch mehr herausgekommen, als das Gesetz vorseht. Wogu hat man Gerichte, die ohne Appellinstanz entscheiden. Angeberlich will die Auslieferung und das Strafmaß ist noch manches andere bei dem Prozeß. Verardo erscheint nicht bei der Verhandlung. Es heißt, er habe sich dem Gericht nicht stellen wollen. Ist er vielleicht in dem Gefängnis von Regina Coeli in Rom, unter dem Regime des Kommissärs Menichini, der so ausgerichtet worden, daß man ihn nicht zeigen konnte?

Alles, was man in letzter Zeit vom Spezialgericht hört, stinkt nach Folter. Am 18. April hat man auch über zwei junge Mädchen, eine Lehrerin und eine Studentin, wegen Verbreitung antisozialistischer Manifeste befunden, aber man hat den beiden so unwürdige und gemeine Entschuldigungen in den Mund gelegt, daß sie moralisch verunreinigt aus dem Prozeß hervorgehen, als so etwas Erbärmliches und Feiges, daß sie vor sich selber auslachen würden. Da muß viel moralische Folter oder auch physische Folter gewirkt haben, um zwei junge Frauen zu solch häßlicher Haltung zu erziehen.

Schwierige Nachbarschaft

Polen und Danzig

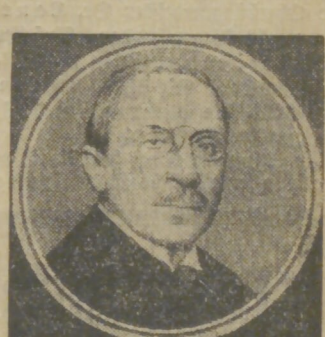
Das Friedensdiktat von Versailles hat den Osten Europas balkanisiert; eine Reihe von Staaten wurde neu geschaffen, weil angeblich das Nationalbedürfnis es gebot. Tatsächlich aber sind die Grenzen willkürlich gezogen; jeder neugebildete Staat umschließt beträchtliche nationale Minderheiten. Im polnischen Staat stellen die Minderheiten beinahe so viel Volksglieder dar wie die Polen. Nicht zusammengehöriges ist zusammengelegt worden, Gebiete mit gemeinsamer Wirtschaft wurden auseinandergerissen, und jeder Teil ist der Gefahr der Verflümmung ausgesetzt. Dazu kommt der vielberufene Korridor, der angeblich Polen den notwendigen Ausgang zum Meer eröffnen soll. Die fast rein deutsche Stadt Danzig wird vom Korridor umflammt, sie ist — ein Hohn auf die Tendenzen moderner Wirtschaft — vom Korridor umfakt. Polen aber hat dann den eigenen Hafen Gdingen errichtet, Polen versucht Danzig auszuhebeln, vor wenigen Tagen hat die Regierungsmehrheit des polnischen Sejm überdies einen Vertrag angenommen, der 1 Milliarde französische Franken mobil macht zum Bau einer Bahn, die Obereschlesien mit Gdingen verbinden soll und unter französischer Leitung stehen wird; an eine französische Kapitalgruppe wird die Bahn verpachtet, der polnische Staat trägt eine gewaltige Zinsenlast und ist außerdem zur Aufschüßelung verpflichtet. Am ja ganz gewiß den Güterverkehr von Danzig ab- und



Senator Gracina.

Danzigs zu. Gracina hat das Anfinnen abgelehnt; das ist für Polen eine schmerzende Dreiecke. Daß überhaupt der Plan entstehen konnte, ist bezeichnend genug.

Leider ist auch die Regierung Danzigs an der Verschärfung der Gegenlage nicht ganz schuldlos. Die letzten Wahlen zum Volkstag (Danziger Parlament) trugen einen Charakter, wie die Reichstagswahl vom 14. September. In ihrer Auswirkung war der Senat zum Rücktritt gezwungen, an die Stelle von Sahm, der inzwischen Oberbürgermeister Berlins geworden ist, trat der internationale Siebm.



Senatspräsident Siebm.

Einem interessanten Beitrag hierüber brachte

Mahatma Gandhi: Mein Leben

Copyright by Inselverlag

Sechstausend marschieren

„Sie können sehr viel tun“, erwiderte ich, „auch wenn Sie keine Beamten sind. Sie können den Kampf der Arbeiter für sie austragen. Wenn Sie die Regierung ersuchen, die Dreipfundsteuer aufzuheben, wird sie sich wohl kaum weigern, sie zu widerrufen. Sie können auch die Europäer dazu bringen, die Sache mit den richtigen Augen anzusehen.“

Aber was hat die Dreipfundsteuer mit dem Streik zu tun? Wenn die Arbeiter irgendeine Beschwerde gegen die Grubenbesitzer haben, sollen sie in der gebührenden Form um Abhilfe nachsuchen.“

Ich sehe keine andere Waffe für die Arbeiter als den Streik. Die Dreipfundsteuer wurde im Interesse der Bergwerksbesitzer eingeführt, die zwar wollen, daß die Arbeiter für sie arbeiten, aber nicht als freie Menschen. Wenn deshalb die Arbeiter die Arbeit einstellen, um eine Aufhebung der Dreipfundsteuer zu erzwingen, erblicke ich darin keinerlei Angehörigkeit oder Ungerechtigkeit gegen die Grubenbesitzer.“

Ich kann mich heute nicht mehr an die ganze Unterredung erinnern. Ich sah, daß die Grubenbesitzer erkannt hatten, wie schwach es um ihre Sache stand, denn sie hatten sich bereits mit der Regierung in Verbindung gesetzt.

Auf der Fahrt nach Durban und zurück sah ich, daß der Streik und das friedliche Verhalten der Streikenden einen vorzüglichen Eindruck auf die Eisenbahnbeamten und andere gemacht hatten. Ich fuhr dritter Klasse wie gewöhnlich, aber trotzdem scharten sich der Schaffner und andere Beamte um mich, erkundigten sich eingehend und wünschten Erfolg. Diese Beamten waren erfreut, daß die armen, ungebildeten und unwissenden Arbeiter ein so herrliches Beispiel von Ausdauer gaben. Freigiebigkeit und Mut sind Eigenschaften, die immer Eindruck machen, sogar auf den Gegner.

Dann kehrte ich nach Newcastle zurück. Noch immer strömten Arbeiter aus allen Richtungen herbei, und ich schätzte die „Armee“ unvorstellbar die ganze Lage und sagte, es künde ihnen noch immer frei, zur Arbeit zurückzukehren, wenn sie wollten. So erzählte ihnen von den Drohungen der Grubenbesitzer, malte ihnen die Gefahren der Zukunft aus und schätzte ihnen die Leiden der Gefangenschaft; und trotzdem wurden

sie nicht wankend. Sie erwiderten unerschrocken, ich solle mir keine Sorgen um sie machen, sie seien gegen Leiden abgehärtet. Es blieb uns nun nur noch übrig, abzumarschieren. Die Arbeiter wurden eines Abends verständigt, daß sie den Marsch früh am nächsten Morgen antreten sollten (am 28. Oktober 1913); die auf dem Marsch zu beachtenden Vorschriften wurden ihnen vorgelesen. Es war kein Kinderpiel, eine Schar von fünf, bis sechstausend Menschen zu leiten. Ich konnte es mir nicht leisten, ihnen irgend etwas auf den Weg mitzugeben außer der täglichen Ration von anderthalb Pfund Brot und dreißig Gramm Zucker für jeden „Soldaten“. Wenn möglich, wollte ich unterwegs versuchen, von den indischen Kaufleuten noch etwas zu bekommen; aber wenn das nicht gelang, mußten sie sich mit Brot und Zucker begnügen. Meine Erfahrungen aus dem Burenkrieg und dem „Zulu-Aufstand“ kamen mir bei dieser Gelegenheit sehr zu Rathe. Keiner von meiner „Zugvanguard“ sollte mehr Wäsche als nötig mitnehmen. Keiner durfte fremdes Eigentum unterwegs antauchen. Sie sollten es geduldig ertragen, wenn irgendein Europäer, ob Beamter oder nicht, ihnen entgegentrat und sie beschimpfte oder gar schlug. Sie sollten sich ruhig verhalten lassen. Alle diese Punkte wurden den Leuten hargemacht, und ich gab auch die Namen derjenigen an, die der Reihe nach die „Armee“ an meiner Stelle führen sollten, falls ich zuerst verhaftet würde. Die Leute nahmen sich alles zu Herzen, und die Karawane erreichte wohlbehalten Charlestown, wo die Kaufleute uns wertvolle Hilfe leisteten. Sie stellten uns ihre Häuser zur Verfügung und erlaubten uns, auf dem Grund und Boden der Mojsee abzuhängen. Die für den Marsch ausgeteilte Ration war aufgebraucht, als das Lager erreicht wurde, und deshalb brauchten wir Kochtöpfe, die von den Kaufleuten freudig geliefert wurden. Wir hatten einen reichlichen Vorrat von Reis u.ä. bei uns, zu dem auch die Händler ihr Teil beisteuerten.

Charlestown war ein kleiner Ort mit einer Bevölkerung von kaum tausend Seelen. Nur Frauen und Kinder wurden in Säulchen einquartiert. Alle übrigen lagerten im Freien. Viel Köstliches und manches Bittere ist mir von unferm Aufenthalt in Charlestown in Erinnerung. Die angenehmen Erinnerungen

knüpften sich an das Gesundheitsamt und an den Gesundheitsbeamten Dr. Briscoe, der, obwohl beunruhigt über das gewaltige Anwachsen der Bevölkerung, statt irgendwelche strenge Maßregeln zu ergreifen, mich auffachte, einige Vorschläge machte und mir seine Hilfe anbot. Europäer adsten viel mehr als wir auf die Reinlichkeit der Wasserversorgung und das Sauberhalten der Straßen und sanitären Einrichtungen. Dr. Briscoe hat mich, damit zu sorgen, daß kein Wasser auf die Straßen gegossen wurde, und zu verhindern, daß unsere Leute den Ort verunreinigten oder Abfälle wahllos wegwurfen. Es war sehr schwierig, unsere Leute zur Beachtung dieser Vorschriften anzuhalten, aber die Pilger und Mitarbeiter erleichterten mir diese Aufgabe. Ich habe immer gefunden, daß viel erreicht werden kann, wenn der Dienende wirklich dient und den Leuten nicht befehlt. Wenn der Dienende selbst Arbeit auf sich nimmt, werden andere in seine Fußstapfen treten. Und so geschah es auch diesmal. Meine Mitarbeiter und ich zögerten nie, Kehr-, Scheuer- und ähnliche Arbeit zu verrichten, mit dem Ergebnis, daß auch andere sie freudig auf sich nahmen. Kallendbad war schon in Charlestown, ebenso wie Callesin, deren Eifer, Sorgfalt und Herzlichkeit über jedes Maß erhoben waren. Von den Indiern wollten der verstorbenen P. R. Naidoo und Albert Christophers bei uns und außerdem noch andere, die unermüdlich schafften und wertvolle Hilfe leisteten.

Wenn ich an die Geduld und Ausdauer der Leute denke, werde ich überwältigt von einem Gefühl der Größe Gottes. Unter den Rassen führte ich das Zepter. Manchmal befand sich zwei Wasser in dem Obal, und zu anderen Zeiten war er nicht gar gelockt. Das Gemüße und sogar der Reis waren mitunter schlecht zubereitet. Ich habe nicht viele Menschen auf der Welt kennengelernt, die dieses Essen freudig hinuntergewürgt hätten. Andererseits habe ich in den südafrikanischen Gefängnissen beobachtet, die Geduld verlieren, wenn sie Essen erhalten, das nicht reichlich genug oder schlecht zubereitet ist, oder schon, wenn sie es etwas zu spät bekommen.

Bei Fatma Mehtab aus Durban konnte nicht länger ruhig zusehen, als die Schwefel aus Samil in Newcastle ins Gefängnis gesteckt wurden. Sie fuhr deshalb nach Volkskrust, um sich auch verhaften zu lassen, zusammen mit ihrer Mutter Hanifabai und einem siebenjährigen Knaben. Mutter und Tochter wurden festgenommen, aber die Regierung lehnte es ab, auch den Knaben in Haft zu nehmen. Fatma Bat wurde aufgeföhrt, ihre Fingerabdrücke auf dem Präbium machen

Aus dem Inhalt

Politik und allgemeiner Teil:

Briands Plan gegen die Zollunion.

Menschenjagd des Faschismus.

Schwierige Nachbarschaft.

Danzig-Gutachten der Völkerbundskommission.

Die Pleite eines Volksaufbebers.

Flucht der Reeder vor der deutschen Flagge nicht.

Sagebericht:

Revolve in der Hamburger EL.

Sabotage gegen die Ostbahnstasse.

Hände weg von der Kriegssopferversorgung.

Kunst und Wissenschaft.

Aus aller Welt.

Gewerkschaftliche Umschau:

Bergarbeiter-Protest gegen Unternehmerverwahrlohung.

Arbeiterportrandschau.